

P R O T O K O L L	über die 03. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Feuerschutz und Ökologie der Amtsperiode 2019/2024 am Dienstag, dem 16.06.2020 um 18:00 Uhr im Kulturhaus Salzwedel, Kleiner Saal, Vor dem Neuperver Tor 10, 29410 Hansestadt Salzwedel
--------------------------	--

Anwesenheit:

Bürgermeisterin

Sabine Blümel

ab TOP 2

Vorsitzende/r

Stadtrat Lothar Heiser

Stadtrat/Stadträtin

Stadträtin Cathleen Hoffmann

Stadtrat Roland Karsch

Stadtrat Hans-Jürgen Ostermann

TOP 14 gegangen

Stadträtin Christine Ruff

Stadtrat Gerd Schönfeld

Stadträtin Alke Seibt

Stadtrat Renee Sensenschmidt

Stadtrat Frank Wüstemann

Sachkundige Einwohner

Irina Böder

Steffen Dorst

Michael Zauske

Amtsleiter/in

Frau Anisa Fliegner

Frau Martyna Hartwich

Herr Andreas Hensel

Verwaltung

Herr Eiko Petruschkat

Frau Marita Runge

Frau Dörte Schulz-Ahrends

Gäste

Stadtrat Norbert Hundt

Stadtrat Wolfgang Kappler

Stadtrat Peter Lahmann

Stadtrat Martin Schulz

Herr Bernd Zahn

Frau Niemeyer (Planwerk)

Herr Weigel (LSBB)

Herr Herker (LSBB)

Presse

Einwohner

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:06 Uhr

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der zahlenmäßigen Anwesenheit und damit der Beschlussfähigkeit

Herr Heiser eröffnet die 03. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Feuerschutz und Ökologie und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, sowie die zahlenmäßige Anwesenheit und damit die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Heiser bittet um die Aufnahme des Antrages 07/2020 der AfD-Fraktion - „Werbung für die Hansestadt Salzwedel“, da heute Fachleute (LSBB) in den Ausschuss eingeladen worden sind und etwas dazu sagen können.

Weiterhin fragt er die Ausschussmitglieder, ob sie damit einverstanden sind, dass Herr Weigel und Herr Herker (LSBB), sowie Frau Niemeyer (Planwerk) zu den betreffenden TOPs sprechen können. Zum einen geht es um die Baumaßnahme B71/B248 und zum anderen um eine Maßnahme am Krankenhaus.

Herr Karsch möchte den Antrag 02/2019 der AfD-Fraktion - Änderung Verkehrsmaßnahmen Braunschweiger Straße zurückziehen.

Herr Ostermann möchte den Ergänzungsantrag 03/2020 der SPD-Fraktion – Kontaktaufnahme zur Hansestadt Uelzen Klimaschutzkonzept zurückziehen.

Die Ausschussmitglieder bestätigen mit 9 Ja-Stimmen und 3 Ja-Stimmen der sachkundigen Einwohner folgende geänderte Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der zahlenmäßigen Anwesenheit und damit der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.12.2019
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht der Verwaltung
6. Antrag 16/2019 der SPD-Fraktion "Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes"
7. Antrag 07/2020 der AfD-Fraktion - Errichtung von Werbetafeln zu attraktiven Sehenswürdigkeiten der Hansestadt im Bereich des Kreisels B 71, Schillerstraße beidseitig an den Schallschutzwänden
8. Antrag 05/2019-2024 der Fraktion DIE LINKE Verbot: Abbrennen von Feuerwerk in Salzwedeler Innenstadt + Antrag 01/2020 der SPD-Fraktion Hansestadt Salzwedel - "böllerfreie Zone"

9. Antrag 06/2019-2024 der Fraktion DIE LINKE "Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Feuerwehrleute"
10. Antrag 05/2020 der AfD-Fraktion Umstellung der Parkordnung am Bahnhofsparkplatz auf Parkscheibe
11. Antrag 06/2020 der AfD-Fraktion Prüfung Videüberwachung an Schwerpunktsstellen
12. Anfragen und Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.12.2019

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 17.12.2019 wird mit 9 Ja-Stimmen und 3 Ja-Stimmen der sachkundigen Einwohner bestätigt.

zu 4 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin fragt erneut an, welche Maßnahmen in der Braunschweiger Straße zur Verkehrsführung seitens der Stadt ergriffen werden. Ihre Vorschläge wären, eine Eindämmung der LKWs und eine Beschilderung mit einer Tonnagebegrenzung.

Herr Hensel antwortet, dass der zurückgezogene Antrag der AfD-Fraktion in diesem Punkt deckungsgleich mit der Aussage der Einwohnerin ist. Die Zuständigkeit liegt hier beim Altmarkkreis. Die Anfrage wurde 2015 geprüft und abgelehnt.

Frau Fuchs fragt, ob sie sich dann eher an den Landkreis wenden sollte.

Herr Hensel antwortet, wenn es um die Tonnagebegrenzung geht, wäre es die zuständige Behörde.

Frau Fuchs sagt, dass die Radfahrer durch den Schwerlasttransport auf den Fußweg ausweichen.

Frau Blümel entgegnet, dass sie eine Mitteilung von den Anwohnern der Braunschweiger Straße erhalten hat und es sich vor Ort angeschaut wurde. Angedacht ist, einseitig den Gehweg nahe des Ortsausganges (von der Überquerungshilfe ca. 25 – 30m in Richtung Ortsausgang mit Anbindung an die Wohnstraße des WG Warthering) zu verbreitern und zu komplettieren.

zu 5 Bericht der Verwaltung

Herr Weigel von der LSBB (Landesstraßenbaubehörde) ist mit der Erhaltungsmaßnahme und der Planung der Kreisel Schillerstraße und Lokschuppen betraut. Er gibt Erklärungen zum Ablauf der Baumaßnahme.

Sollte eine Anliegerversammlung gewünscht sein, wird diese gern durchgeführt. Baubeginn ist der 13.07.2020.

Herr Herker von der LSBB nennt genauere Eckdaten und Abläufe zur Baumaßnahme. Er sagt, dass eine überörtliche Umleitung eingerichtet wird und wo genau diese langführt. An der Aral-Tankstelle wird ein Provisorium für den 1. Bauabschnitt eingerichtet. Die Fahrbahn wird in Richtung Osten und Westen verbreitert, damit auch weiterhin in Richtung Innenstadt gefahren werden kann, während der Sperrung des Schillerstraßenkreisels.

Herr Heiser fragt nach dem Anliegerverkehr im Gewerbegebiet der Schillerstraße.
Herr Herker antwortet, dass es bei der Planung eine Anfrage dazu gab und diese berücksichtigt und beantwortet wurde.
Auf Nachfrage erläutert Herr Herker, dass die Markierung im Innenring des Schillerstraßen-Kreisverkehrs angehoben werden soll, sodass nur noch der Außenring befahrbar ist. Das gesamte Bauprojekt soll 3 - 4 Monate andauern.

Frau Niemeyer von der Firma Planwerk stellt die Planung für die Zuwegung zum neuen Herzkatheterlabor (HKL) im Krankenhaus vor.
Ein entsprechender Antrag des Altmarkklinikums Salzwedel zur Verbreiterung der vorhandenen Zufahrt/ Einfahrt HKL liegt vor. Zur Umsetzung und Durchführung sind umfangreiche Baumaßnahmen vom Antragsteller zu erbringen.
Die vorliegende Zufahrtsvariante ist nicht nur mit dem Altmark-Klinikum, sondern bereits auch mit der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt worden.
Die Zufahrt zum HKL direkt von der Karl-Marx-Straße aus wäre gegeben, sowie auch die überörtliche Ausschilderung zum Krankenhaus erfolgt.
Die Poller am derzeitigen Radweg würden ein Stück nach hinten versetzt werden, damit weiterhin keine komplette Durchfahrung in der Brunnenstraße erfolgen kann. Der Fahrstreifen wird auf dem Stück Radweg auf 3,50 m verbreitert werden.
Insgesamt gibt es von der baulichen Veränderung her, einen relativ geringen Aufwand. Es soll nur die Möglichkeit geschaffen werden, dass das HKL vernünftig von Rettungsfahrzeugen angefahren werden kann.
Herr Schönfeld fragt nach, ob auch andere Fahrzeuge, außer die genannten dort fahren dürfen. Die Anfrage kann von Frau Niemeyer verneint werden.
Versorgungsfahrzeuge z.B. fahren von der Jahn-Straße aus an das Krankenhaus heran.
Herr Heiser fragt, ab wann die Umänderung erfolgen soll.
Sobald die Genehmigung vorliegt, kann es losgehen, sagt Frau Niemeyer.
Frau Bürgermeisterin Blümel bittet Frau Hartwich einen Termin zu benennen. Frau Hartwich sagt, dass die Stadt dem Antrag mit Auflagen zustimme, wobei die Kosten der Antragsteller zu tragen habe. Die Genehmigung mit den jeweiligen Auflagen und Gesetzmäßigkeiten könne wohl in den nächsten zwei Wochen erteilt werden.

zu 6 Antrag 16/2019 der SPD-Fraktion "Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes"

Frau Blümel sagt, dass die Stadt zum Thema autark ist. In den letzten Jahren gab es auch schon ein Beleuchtungskonzept, 4100 Lichtpunkte auf Energiesparlampen umzustellen. Blühwiesen sind zum Teil und werden noch errichtet. Mit der AG Stadtgrün wird gut zusammengearbeitet. PV-Anlagen sollen errichtet werden, wie auf dem Dach der Schwimmhalle z.B. geplant. Alle möglichen Maßnahmen die umsetzbar sind, finden bereits Berücksichtigung.
Herr Ostermann meint, dass es nützlich sein könnte, jemanden extern auf die Stadt schauen zu lassen, wie z.B. beim Brandschutzbedarfsplan.
Frau Hoffmann fände es auch gut, einen Klimaschutzbeauftragten in der Stadtverwaltung zu haben. Sie spricht sich für ein Klimaschutzkonzept aus.
Frau Blümel antwortet, dass beides derzeit finanziell nicht leistbar ist.
Wichtig wäre eine Gesetzgebung von Bund und Land, die genaue Umsetzungen zum Klimaschutz vorgibt.
Frau Hartwich führt die Maßnahmen an, die bereits in der Stadt durchgeführt werden.
Herr Schulz macht den Vorschlag, eine Handreichung weiterzuleiten, was genau im kommunalen Klimaschutz möglich ist. Diese nimmt Frau Blümel gern an.
Herr Hundt schildert noch einmal die Idee des Antrages. Es soll ein Grundsatz geschaffen werden, welche Ziele die Stadt verfolgt zum Klimaschutz. Natürlich unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Der Verkehrsausschuss spricht sich mit 8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 3 Ja-Stimmen für die Erarbeitung von Grundsätzen zum Klimaschutz aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	8
Nein:	-
Enthaltung:	1
sachk. Einw	
Ja:	3
Nein:	-
Enthaltung:	-

zu 7 Antrag 07/2020 der AfD-Fraktion - Errichtung von Werbetafeln zu attraktiven Sehenswürdigkeiten der Hansestadt im Bereich des Kreisels B 71, Schillerstraße beidseitig an den Schallschutzwänden

Herr Karsch merkt an, dass der Antrag in Zusammenarbeit mit der Werbegemeinschaft erstellt wurde.

Herr Weigel von der LSBB sagt, dass die Idee zur Aufstellung der Werbetafeln geprüft wurde. Die Lärmschutzwände sollen für Plakatierungen genutzt werden.

Herr Karsch wirft ein, dass es so nicht im Antrag steht, sondern etwas davor errichtet werden könnte.

Betrachtet werden muss es anbaurechtlich, nach dem Bundesfernstraßengesetz, sagt Herr Weigel. Er gibt genaue Ausführungen, wie es gehandhabt werden müsste.

In diesem Fall soll die Werbung hier in der Nähe von Verkehrskreuzungen angebracht werden. Der Ablenkungsfaktor ist in dem Bereich sehr groß, Unfallgefahren könnten hervorgerufen werden. Aus der Sicht der LSBB ist es einfach ungünstig.

Herr Weigel schildert auch noch den fachtechnischen Fakt, der bei Lärmschutzwänden berücksichtigt wird.

Herr Karsch ergänzt, dass es nicht nur auf den Schillerstraßenkreisel bezieht, sondern generell auf alle Zu- und Ausfahrten der Stadt.

Frau Blümel erwähnt, dass auch schon Figuren auf den Kreiseln aufgestellt werden sollten. Das ist der Stadt nicht genehmigt worden.

Es wird kontrovers diskutiert.

Herr Klahs von der Polizei erklärt, laut StVO gibt es bestimmte Verkehrszeichen. Für Hinweise auf Sehenswürdigkeiten sind die bekannten braunen Schilder mit weißer Aufschrift zugelassen. Er sieht in den großen Fotos, Werbetafeln Gefahrenpotenzial.

Herr Ostermann sagt, ganz offensichtlich ist das Ganze nicht unproblematisch. Er macht den Vorschlag, wenn jemand eine gute Idee für eine zusätzliche Werbeanlage hat, sollte im Einzelfall darüber gesprochen werden.

Der Antrag 07/2020 der AfD-Fraktion wird mit 4 Nein-Stimmen bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen, sowie 1Ja-Stimme und 2 Enthaltungen der sachkundigen Einwohner abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	3
Nein:	4
Enthaltung:	2
sachk. Einw	
Ja:	1
Nein:	-
Enthaltung:	2

zu 8 Antrag 05/2019-2024 der Fraktion DIE LINKE Verbot: Abbrennen von Feuerwerk in Salzwedeler Innenstadt + Antrag 01/2020 der SPD-Fraktion Hansestadt Salzwedel - "böllerfreie Zone"

Herr Sensenschmidt fragt, ob sich der Antrag der SPD auf die gesamte Stadt bezieht. Herr Ostermann antwortet, dass nur die Innenstadt, der dankmalgeschützte Bereich gemeint ist.

Frau Blümel geht mit den Anträgen mit, obwohl in den Jahren zuvor nichts passiert ist. Auch bei dem Brand Silvester 2019 ist nicht nachgewiesen, ob es ein Böller war. Sie macht den Vorschlag, die Anträge in den nächsten Verkehrsausschuss zu schieben, damit die Stadt verschiedene Varianten erarbeiten und vorstellen kann, welchen Bereich es genau betreffen soll.

Die Parteien, die die Anträge eingereicht haben, stimmen dem Vorschlag zu.

Herr Dorst fragt an, was genau mit den Anträgen erreicht werden soll.

Herr Schönfeld erklärt, dass keine privaten Feuerwerkskörper im Innenstadtbereich abgefeuert werden können. Und dass es vielleicht zentrale Stellen gibt, von denen kontrollierte Feuerwerke abgefeuert werden könnten.

Frau Blümel sagt, dass ein Verbot auch kontrolliert werden muss. Wie genau das geschehen soll, ist noch fraglich.

Wo genau soll der zentrale Platz in der Innenstadt festgelegt werden, fragt sie die Ausschussmitglieder. Diese Fragen gilt es alle zu klären, es ist nicht so einfach.

Herr Schönfeld sagt, dass Salzwedel nicht die erste Stadt mit so einem Verbot wäre. Er benennt die Kämmereiteiche als möglichen zentralen Platz.

Frau Blümel sagt, dass sie die „böllerfreie Zone“ gut findet und führt an was aber auch dabei zu bedenken ist.

Herr Hundt wirft ein, ob nicht erstmal über den Vorschlag von Frau Blümel abgestimmt werden sollte.

Herr Heiser lässt über den Vorschlag, dass die Verwaltung verschiedene Varianten zum böllerfreien Bereich erarbeiten soll, abstimmen.

Der Verkehrsausschuss stimmt dem Vorschlag mit 9 Ja-Stimmen und 3 Ja-Stimmen der sachkundigen Einwohner zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	-
Enthaltung:	-

sachk. Einw	
Ja:	3
Nein:	-
Enthaltung:	-

zu 9 Antrag 06/2019-2024 der Fraktion DIE LINKE "Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Feuerwehrleute"

Frau Blümel sagt, dass sie dem Vorschlag voll und ganz zustimmen kann.

Dem Antrag 06/2019-2024 der Fraktion DIE LINKE „Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Feuerwehrleute“ stimmt der Verkehrsausschuss mit 9 Ja-Stimmen und 3 Ja-Stimmen der sachkundigen Einwohner -einstimmig- zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	-
Enthaltung:	-
sachk. Einw	
Ja:	3
Nein:	-
Enthaltung:	-

zu 10 Antrag 05/2020 der AfD-Fraktion Umstellung der Parkordnung am Bahnhofsparkplatz auf Parkscheibe

Herr Schönfeld sagt, dass der Parkplatz am Bahnhof nie mehr als eine 50-60% Auslastung aufweist.

Er sieht nicht, warum das Parken dort erschwert werden soll, bei einem Parkplatz der relativ außerhalb der Innenstadt liegt. Die derzeitige Regelung ist vollkommen in Ordnung.

Herr Petruschkat erläutert, dass der Antrag geprüft wurde. Am Bahnhof befinden sich 130 Parkplätze. Die Auslastung liegt im Durchschnitt pro Tag bei 50 % und der Parkplatz steht wirklich rein für Bahnkunden zur Verfügung.

Eine Gebührenpflicht über 12 Stunden einzurichten ist technisch schon nicht möglich. Es gab bisher noch keine Aussagen, dass der Parkplatz überfüllt wäre.

Herr Karsch sagt, dass das Bahnpersonal deswegen an die Partei herangetreten ist und sie von Pendlern auf die Parksituation angesprochen wurden.

Es gibt einen kurzen Meinungsaustausch und es wird festgestellt, dass es genügend Parkmöglichkeiten vor Ort gibt.

Der Antrag 05/2020 der AfD-Fraktion zur Umstellung der Parkordnung am Bahnhof, wird vom Verkehrsausschuss mit 8 Nein-Stimmen bei 1 Ja-Stimme und 3 Nein Stimmen der sachkundigen Einwohner abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	1
Nein:	8
Enthaltung:	-
sachk. Einw	
Ja:	-
Nein:	3
Enthaltung:	-

zu 11 **Antrag 06/2020 der AfD-Fraktion Prüfung Videoüberwachung an Schwerpunktstellen**

Herr Heiser sagt, dass es schon mal eine Einführung von Videoüberwachung geben sollte und man sich ans Innenministerium gewandt hatte. Dies wurde abgelehnt.

Herr Karsch sagt, dass die AfD dazu beim Landesdatenschutzbeauftragten nachgefragt hat. Von der Seite aus gab es keine Einwände. Frau Blümel hat die Antwort des Datenschutzbeauftragten in Kopie erhalten.

Sollte der Antrag durchgehen, muss mit der Polizei und dem Ordnungsamt ein Plan erstellt werden.

Herr Schönfeld führt an, dass die rechtlichen Hürden extrem hoch sind. Er nennt einige Beispiele.

Frau Blümel sagt, dass sie den Antrag zur Prüfung in das Rechtsamt gegeben hat.

Frau Fliegner informiert, dass, wie bereits gesagt wurde, die rechtlichen Hürden extrem hoch sind. Eine Videoüberwachung ist immer ein schwerer Eingriff in die Grundrechte. Es gibt gewisse Ermächtigungsgrundlagen im Versammlungsgesetz und SOG LSA (Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung). Doch diese Rechtsgrundlagen richten sich an die Polizei.

Der Landesdatenschutzbeauftragte hat auf das Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt (DSAG LSA) hingewiesen. Zur Durchsetzung des Hausrechtes oder zum Schutz des Eigentums kann eine Videoüberwachung durchgeführt werden. Aber hier muss die Videoüberwachung geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein. Bestimmte Gründe müssen vorliegen.

Auch die Qualität der Aufnahmen ist nicht immer gegeben und damit auch die Personen nicht unbedingt erkennbar.

Herr Hensel schließt sich den Aussagen von Frau Fliegner an. Er sagt, dass eine Videoüberwachung aktuell nirgends im Stadtgebiet erforderlich ist. Es gibt keine speziellen Anhaltspunkte dafür.

Der Antrag ist angesichts der weiten Formulierung für die Kommune nicht entscheidbar.

Herr Ostermann beantragt die Abstimmung zum Antrag. Nach Abstimmung darf es noch zwei Wortmeldungen geben.

Herr Heiser lässt über den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung abstimmen.

Dem Antrag von Herrn Ostermann wird mit 9 Ja-Stimmen und 3 Ja-Stimmen der sachkundigen Einwohner zugestimmt.

Herr Sensenschmidt kann die rechtlichen Bedenken derzeit nicht nachvollziehen und spricht sich für eine Videoüberwachung aus.

Frau Seibt sagt, wenn Straftaten begangen werden, sieht sie durch eine Videoüberwachung keine Verhinderung. Ebenso ist es nicht außer Acht zu lassen, ob die Personen überhaupt erkennbar sind. Meistens sind diese auch noch verummmt.

Sie merkt an, dass sich die Menschen z.B. im Park erholen wollen und sich nicht beobachtet fühlen möchten.

Der Verkehrsausschuss spricht sich mit 7 Nein-Stimmen bei 2 Ja-Stimmen und 1 Ja-Stimme, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung der sachkundigen Einwohner, gegen den Antrag zur Videoüberwachung aus.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	2
Nein:	7
Enthaltung:	-
sachk. Einw	
Ja:	1
Nein:	1
Enthaltung:	1

zu 12 Anfragen und Anregungen

Herr Schulz berichtet zum Thema Blühwiesen.

Er zeigt Beispiele an der Ernst-Thälmann-Straße, an denen Blühwiesen errichtet werden könnten. An der Westseite der Straße blüht es schon sehr schön.

An der Ostseite könnten auch Blühwiesen entstehen.

Frau Ruff spricht die geparkten Autos auf den Grünstreifen an den Autohäusern in der Arendseer Straße an.

Frau Blümel sagt, sollte es sich dort um Privatflächen handeln, kann die Verwaltung nichts machen.

Frau Hoffmann fragt, wann es die letzte Verkehrsschau in Salzwedel gab und ob Ergebnisse davon eingesehen werden können.

Herr Petruschkat antwortet, laut StVO muss eine Verkehrsschau alle 2 Jahre durchgeführt werden, am Tage und auch bei Nacht. Die Anregung wird aufgenommen.

Herr Karsch fragt nach der Brandschutzkontrolle im Mehrgenerationenhaus. Gibt es schon einen Bericht?

Frau Blümel antwortet, dass die Kontrolle gerade ausgewertet wird und dann wird die Verwaltung dazu berichten.

Herr Schulz wirft ein, dass sich Bürger bis August bei Pro Baum melden könnten, die eine sehenswerte Blühwiese haben und gern auch Anregungen beitragen können.

Frau Seibt fragt an, wer für die Anlagen am Grünen Band zuständig ist.

Frau Blümel antwortet, dass ist direkt der BUND.

gez. Lothar Heiser
Ausschussvorsitzender

gez. Dörte Schulz-Ahrends
Protokollführung